

## N i e d e r s c h r i f t

über die 28. Sitzung des Rates der Stadt Monheim am Rhein vom 10.07.2013  
- Öffentlicher Teil -

---

Sitzungsraum: Ratssaal  
Beginn: 17:05 Uhr  
Ende: 23:30 Uhr

Anwesend:

### **Bürgermeister**

Herr Daniel Zimmermann

### **Mitglieder der CDU-Fraktion**

Herr Günter Bosbach  
Herr Tim Brühland  
Herr Karl-Heinz Göbel bis Tagesordnungspunkt 29  
Herr Heinz-Jürgen Goldmann  
Herr Markus Gronauer  
Frau Gabriele Hackel  
Herr Karl König  
Herr Bruno Kosmala  
Herr Reinhard Ockel bis Tagesordnungspunkt 29  
Herr Markus Schneider  
Herr Peter Werner bis Tagesordnungspunkt 19

### **Mitglieder der PETO-Fraktion**

Herr Florian Große-Allermann  
Herr Torsten Kinzel  
Frau Janne Koch  
Herr Karsten Köchling bis Tagesordnungspunkt 19  
Frau Jana Lang  
Frau Brinja Noth  
Frau Lisa Pientak  
Herr Lucas Risse  
Herr Michael Strauss  
Herr Jens Timmermann ab Tagesordnungspunkt 7  
Herr Sven Timmermann

### **Mitglieder der SPD-Fraktion**

Frau Petra Arend-Karl  
Herr Alaattin Bayrak  
Herr Werner Goller  
Herr Roland Gunia ab Tagesordnungspunkt 2  
Herr Benjamin Daniel Kenzler  
Herr Helmut Nieswand  
Frau Ursula Schlößer ab Tagesordnungspunkt 2  
Herr Alexander Schumacher

### **Mitglieder der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen**

Herr Manfred Poell  
Frau Andrea Stamm  
Herr Dr. Norbert Stapper

bis Tagesordnungspunkt 22

**Mitglieder der FDP-Fraktion**

Herr Ulrich Anhut  
Frau Marion Prondzinsky-Kohlmetz  
Frau Dr. Doris Schröder-Weber

bis Tagesordnungspunkt 15  
bis Tagesordnungspunkt 15

**parteilos**

Frau Lilo Friedrich

bis Tagesordnungspunkt 10

**Rechnungsprüfung**

Herr Georg Mittmann

**von der Verwaltung**

Herr Andreas Apsel  
Herr Martin Frömmer  
Herr Friedhelm Haussels  
Herr Peter Heimann  
Frau Gisela Herforth  
Herr Guido Krämer  
Herr Edgar Lenz  
Herr Roland Liebermann  
Herr Michael Lobe  
Herr Uwe Trost  
Herr Thomas Waters

bis Tagesordnungspunkt 11

**Gast**

Herr Michael Gerhold

**Schriftführerin**

Frau Beate Hellingrath

Entschuldigt fehlten:

**Mitglieder der CDU-Fraktion**

Herr Michael Nagy

**Mitglieder der PETO-Fraktion**

Herr Max Riedel

**Mitglieder der SPD-Fraktion**

Herr Thomas Heinen

**Rechnungsprüfung**

Herr Harald Beier

**von der Verwaltung**

Frau Annette Berg  
Herr Georg Thomanek

**TAGESORDNUNG**

## I. Öffentliche Sitzung:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit
2. Einführung und Verpflichtung eines neuen Ratsmitgliedes VIII/1274
3. Bericht über die Ausführung von Ratsbeschlüssen VIII/1260
4. Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner
5. Bestellung zur Kämmerin der Stadt Monheim am Rhein VIII/1275
6. Anregungen und Beschwerden nach § 24 GO NRW - "Korbacher Resolution - Energiewende ohne Fracking" VIII/1288
7. Anregung gemäß § 24 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen - Anregung des Baumberger Turn- und Sportclub 1897 e.V. "Sportplatzkonzept Baumberg-Ost" VIII/1290
- 7.1. Sportstättenkonzept VIII/1299
  - Weiterentwicklung der Neubaupläne für eine Bezirkssportanlage am Waldbeerenberg
  - Konkretisierung der Planungen für den Kielsgraben
8. St. Josef Krankenhaus Monheim am Rhein VIII/1269
9. Aufstellungsbeschluss Bebauungsplan 135M "Krankenhaus Monheim" VIII/1265
- Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner (2. Unterbrechung)
10. Berücksichtigung von Generationeninteressen in Ratsausschüssen VIII/1246
11. Bericht zur Umsetzung des Frauenförderplans für den Zeitraum 2010 bis 2012 und Fortschreibung des Frauenförderplans für den Zeitraum 2013 bis 2015 VIII/1255
12. Inklusionshelferinnen und -helfer ab dem Schuljahr 2013/2014 VIII/1293
13. Überplanmäßige Mittelbereitstellung für die Kanalauswechslung Haydnstraße VIII/1271
14. Überplanmäßige Mittelbereitstellung für den Entlastungskanal Am Kieswerk VIII/1272
15. Antrag der CDU-Fraktion vom 24.06.2013 "Grundsteuer B" VIII/1276
16. Antrag der CDU-Fraktion vom 24.06.2013 "Neubau einer Hauptfeuerwache an einem zentralen Standort" VIII/1277

17.	Antrag der CDU-Fraktion vom 24.06.2013 "Neubau eines Betriebshofes inkl. Flächen"	VIII/1278
18.	Antrag der CDU-Fraktion vom 24.06.2013 "Erwerb der Auskiesungsfläche Braas" - Beratung bei TOP ö 7 -	VIII/1279
19.	Antrag der CDU-Fraktion vom 24.06.2013 "Sanierung städtischer Gebäude"	VIII/1280
20.	Antrag der CDU-Fraktion vom 24.06.2013 "Offener Ganztag"	VIII/1281
21.	Antrag der CDU-Fraktion vom 24.06.2013 "U3-Betreuung"	VIII/1282
22.	Antrag der CDU-Fraktion vom 24.06.2013 "Volkshochschule Monheim"	VIII/1283
23.	Antrag der CDU-Fraktion vom 24.06.2013 "Dienstfahrzeug Waldfriedhof"	VIII/1284
24.	Antrag der CDU-Fraktion vom 24.06.2013 "Altstadt-Brunnen"	VIII/1285
25.	Antrag der CDU-Fraktion vom 24.06.2013 "Rheinterrasse"	VIII/1286
26.	Vertretung der Stadt Monheim am Rhein in der Gesellschafterversammlung der Bibliothek der Stadt Monheim am RheingmbH	VIII/1247
27.	Nachwahlen, Umbesetzung von Mitgliedern in Ausschüssen und Gremien sowie Bestimmung einer Nachfolgerin/eines Nachfolgers für den Ausschussvorsitz	VIII/1273
28.	Mündliche Mitteilungen	
28.1.	Entlassungersuchen des Bürgermeisters	
28.2.	Änderung des Sitzungskalenders - Wegfall der Rechnungsprüfungsausschusssitzung am 27.11.2013	
28.3.	Niederschrift der 27. Sitzung des Rates vom 15.05.2013	
28.4.	Mitteilung zur Anfrage von Ratsherrn Bosbach in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 27.06.2013	
28.5.	Widerstand gegen geplante Abundanzumlage	
29.	Mündliche Anfragen	
29.1.	Anfrage von Ratsherrn Bosbach - CDU - zur Mitteilung der Verwaltung bei TOP ö 28.4	
29.2.	Anfrage von Ratsherrn König - CDU - "Statue auf dem Heinrich-Zille-Platz"	

## SITZUNGSERGEBNIS:

### In öffentlicher Sitzung

#### 1 **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit**

Der Bürgermeister eröffnet die 28. Sitzung des Rates und stellt die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit fest. Er begrüßt die anwesenden Besucherinnen und Besucher.

Er teilt mit, dass folgende Ratsmitglieder entschuldigt fehlen:  
Michael Nagy - CDU-Fraktion, Thomas Heinen - SPD-Fraktion und Max Riedel - PETO-Fraktion.

Frau Ursula Schlößer und Herr Roland Gunia von der SPD-Fraktion und Herr Jens Timmermann - PETO-Fraktion werden verspätet an der Sitzung teilnehmen.

Frau Lilo Friedrich - parteilos - wird die Sitzung vorzeitig verlassen.

Der Bürgermeister weist auf folgende Erweiterungen und Änderungen der Tagesordnung hin:

Zu TOP ö 6 - Vorlage VIII/1288 „Korbacher Resolution - Energiewende ohne Fracking“

Vor der Sitzung wurden die Anlagen 1 und 2 an die Plätze verteilt.

Zu TOP ö 7 - „Anregung gemäß § 24 GO NRW - Anregung des Baumberger Turn- und Sportclub 1897 e.V. zum Sportplatzkonzept Baumberg-Ost“

Vor der Sitzung wurde die Vorlage VIII/1299 „Sportstättenkonzept“ als Tischvorlage an die Plätze verteilt.

Der Bürgermeister schlägt vor, diese Vorlage gemeinsam mit der Anregung des BTSC zum Sportplatzkonzept Baumberg-Ost und dem unter TOP ö 18 aufgeführten Antrag der CDU-Fraktion vom 24.06.2013 „Erwerb der Auskiesungsfläche Braas“ zu behandeln.

Zu TOP ö 8 - Vorlage VIII/1269 „St. Josef Krankenhaus Monheim am Rhein“  
Nachversendung der Vorlage in die Postfächer am 05.07.2013

Zu TOP ö 12 - Vorlage VIII/1293 „Inklusionshelferinnen und -helfer ab dem Schuljahr 2013/2014“

Die mit Schreiben vom 05.07.2013 in die Postfächer nachgesendete Vorlage wird zurückgezogen. Der Tagesordnungspunkt soll beibehalten werden, um über den derzeitigen Sachstand zu berichten.

Der Sprecher der CDU-Fraktion teilt mit, dass der unter TOP ö 24 geführte Antrag der CDU-Fraktion vom 24.06.2013 „Altstadt-Brunnen“ zurückgezogen wird.

Gegen die vorgelegte ergänzte und geänderte Tagesordnung ergeben sich keine Bedenken.

Der Bürgermeister weist darauf hin, dass zwischenzeitlich die für die Hörgeräte-träger im Ratssaal installierte Induktionsschleife in Betrieb genommen wurde.

## **2 Einführung und Verpflichtung eines neuen Ratsmitgliedes** **Vorlage: VIII/1274**

Nachdem sich alle Anwesenden von ihren Plätzen erhoben haben, bittet der Bürgermeister Frau Brinja Noth - PETO-Fraktion - nach vorne und verpflichtet sie in feierlicher Form durch das Nachsprechen folgender Formel:

"Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle der Gemeinde erfüllen werde."

Der Bürgermeister, die Ratsmitglieder und alle Anwesenden gratulieren durch Applaus Frau Noth zu ihrer Verpflichtung als Ratsmitglied.

## **3 Bericht über die Ausführung von Ratsbeschlüssen** **Vorlage: VIII/1260**

Der Ausführungsbericht wird zur Kenntnis genommen.

## **4 Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner**

Herr Belger, Anne-Frank-Straße 17, äußert sich zur Schließung des Krankenhauses und fragt nach, warum der Bürgermeister und die Ratsfraktionen sich nicht deutlicher zum Erhalt des Krankenhauses ausgesprochen hätten.

Er teilt ergänzend mit, dass bei der Abhandlung des Tagesordnungspunktes zum St. Josef Krankenhaus dem Bürgermeister eine Unterschriftenliste überreicht werde.

Der Bürgermeister nimmt Stellung und erläutert eingehend die Vorgehensweise, die nach der Information über die beabsichtigte Schließung durch den K-Plus-Verbund in Gang gesetzt worden sei. Im Rahmen eines interfraktionellen Gespräches sei der Rat sehr kurzfristig über die Sachlage informiert worden. Einstimmig sei dort der Beschluss gefasst worden, zunächst eine wirtschaftliche Überprüfung vornehmen zu lassen, ob die Fortführung des Krankenhauses in städtischer Trägerschaft möglich sei. Bevor dazu keine Ergebnisse vorgelegen hätten, habe man das Thema nicht öffentlich behandeln wollen, um in der Bevölkerung keine falschen Hoffnungen zu wecken. Die Überprüfung sei zu keinem positiven Ergebnis gekommen.

Auf Nachfrage, ob weitere Einwohnerinnen oder Einwohner Fragen stellen möchten, meldet sich niemand zu Wort. Der Bürgermeister erklärt, dass er die 2. Unterbrechung der Tagesordnung um 18.00 Uhr oder nach Abhandlung des dann laufenden Tagesordnungspunktes vornehmen werde.

## **5 Bestellung zur Kämmerin der Stadt Monheim am Rhein**

### **Vorlage: VIII/1275**

Der Bürgermeister bittet Frau Noll aus dem Zuschauerraum nach vorne und gratuliert ihr zu ihrer Bestellung als neue Kämmerin der Stadt Monheim am Rhein. Er überreicht ihr einen Blumenstrauß und spricht die besten Wünsche für eine gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit aus.

Frau Noll bedankt sich und erklärt, dass es für sie eine große Ehre sei, die Stelle als Kämmerin bei der Stadt Monheim am Rhein zu übernehmen. Sie habe großen Respekt für die Leistung ihres Vorgängers und freue sich, das großartige Erbe anzutreten.

Anschließend ergreift der Bürgermeister nochmals das Wort und bezieht sich auf die Medienberichterstattung in Bezug auf das Auswahlverfahren der Kämmererstelle. Besonders die Art und Weise der Berichterstattung in Bezug auf den städtischen Mitarbeiter und Mitbewerber Herrn Krämer habe er sehr bedauert. Er stellt heraus, dass Herr Krämer ein ausgezeichneter Kämmererleiter sei und im Bewerbungsverfahren einen guten 2. Platz belegt habe.

Die Ratsmitglieder applaudieren und treten damit den Ausführungen des Bürgermeisters bei.

### **Beschluss**

Frau Sabine Noll wird gem. § 17 Abs. 2 Satz 1 und 2 der Hauptsatzung mit Wirkung vom Tage der Einstellung zur Kämmerin und zur weiteren Vertreterin des Bürgermeisters in Abwesenheit des Beigeordneten bestellt.

### **einstimmig zugestimmt**

## **6 Anregungen und Beschwerden nach § 24 GO NRW - "Korbacher Resolution - Energiewende ohne Fracking"** **Vorlage: VIII/1288**

Der Bürgermeister weist auf die vor der Sitzung an die Plätze verteilten Anlagen 1 und 2 zur Vorlage hin.

Anschließend verliest er den Beschlussvorschlag der Verwaltung.

Der Sprecher der FDP-Fraktion begründet seine Enthaltung über den Beschlussvorschlag damit, dass durch das Fracking eine weitere Erhöhung der Energiepreise verhindert werden solle.

Im Verlauf der anschließenden Diskussion bringen die Fraktionen von CDU, Bündnis90/Die Grünen, SPD und PETO deutlich zum Ausdruck, dass Fracking nach dem derzeitigen Stand der Technik nicht gewollt werde.

Der Bürgermeister gibt den Hinweis auf Ziffer 2 des Beschlussvorschlages, wonach Fracking nach dem derzeitigen Stand der Technik abgelehnt werde.

Nach der Abstimmung erklärt der Bürgermeister, dass die Petenten über den Ratsbeschluss informiert würden.

### **Beschluss:**

1. Der Rat der Stadt Monheim am Rhein nimmt die Bürgeranregung sowie die von der Verwaltung nachgereichten Landtagsdrucksachen 16/2958 und 16/2962 zur Kenntnis.
2. Der Rat der Stadt Monheim am Rhein begrüßt ausdrücklich die Entscheidung des Landtags NRW vom 14.05.2013 zur Ablehnung einer Erdgasgewinnung aus unkonventionellen Lagerstätten durch Fracking nach dem jetzigen Stand der Technik sowie die an die Landesregierung gerichtete Aufforderung weiterhin alles zu unternehmen, damit die wertvolle Ressource Wasser geschützt wird und Fracking unter Einsatz von schädlichen Substanzen in NRW nicht zum Einsatz kommt.

**einstimmig zugestimmt**

**7 Anregung gemäß § 24 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen - Anregung des Baumberger Turn- und Sportclub 1897 e.V. "Sportplatzkonzept Baumberg-Ost"  
Vorlage: VIII/1290**

Der Bürgermeister erklärt, dass bei diesem Tagesordnungspunkt eine gemeinsame Beratung mit der Tischvorlage VIII/1299 „Sportstättenkonzept“ und TOP ö 18 - Vorlage VIII/1279 „Antrag der CDU-Fraktion – Erwerb der Auskiesungsfläche Braas“ erfolgen soll.

Bevor der Bürgermeister Herrn Wilk, 1. Vorsitzender des BTSC 1897 e.V., die Gelegenheit gibt, die eingereichte Anregung zu erläutern, nimmt er Bezug auf die Tischvorlage der Verwaltung und erklärt, dass mit der vorgelegten Planung ein Kompromiss gefunden wurde, der allen Beteiligten entgegenkommen würde. Die langfristige Perspektive hinsichtlich der ausschließlichen Nutzung des neuen Sportplatzes durch die Leichtathleten und eine spätere Nutzung des Geländes am Kielsgraben ausschließlich durch die Fußballer sei positiv zu bewerten. Die ausführliche Planung solle in der Ratssitzung am 17.10.2013 vorgestellt werden.

Anschließend nimmt Herr Wilk eingehend Stellung zu der Anregung und erläutert die Beweggründe. Er bedankt sich bei der Verwaltung für die zwischenzeitlich durchgeführten Gespräche mit den Sportvereinen, die alle positiv verlaufen seien. Durch die Vorschläge der Verwaltung seien die Perspektiven für die Sportvereine als sehr günstig zu betrachten. Besonders die Prüfzusage der Verwaltung hinsichtlich der Errichtung einer Gymnastikhalle am Sportplatzstandort Am Waldbeerenberg, sei für den BTSC sehr wichtig gewesen. Aufgrund der Ergebnisse der Gespräche und der in diesem Zusammenhang gemachten Zusagen der Verwaltung, **werde der BTSC 1897 e.V. die Anregung zurückziehen.**

Im Anschluss ruft der Bürgermeister die Beratung des Tagesordnungspunktes 18 „Antrag der CDU-Fraktion – Erwerb der Auskiesungsfläche Braas“ auf.

Der Sprecher der CDU-Fraktion beantragt eine Sitzungsunterbrechung von ca. 20 Minuten.

Der Bürgermeister unterbricht die Sitzung bis 18.30 Uhr.

Nach Wiederbeginn erteilt der Bürgermeister Herrn Gronauer - CDU - das Wort. Dieser erklärt, dass man die jetzt vorgelegten Planungen am Kielsgraben positiv



zur Kenntnis genommen habe. Der heute zur Beschlussfassung vorgelegte Grundsatzbeschluss werde positiv bewertet. Unter der Voraussetzung, dass der Sportplatz am Waldbeerenberg später ausschließlich für die Nutzung „Leichtathletik“ vorgesehen werden solle, könne man dem Beschlussvorschlag heute zustimmen. Insgesamt sehe die CDU-Fraktion durch die jetzt vorgelegte Verwaltungsvorlage ihre in den vergangenen Diskussionen gemachten Kernaussagen bestätigt. **Der vorliegende Antrag der CDU-Fraktion (Vorlage VIII/1279) werde zurückgezogen.**

Er rügt, dass das der Vorlage beiliegende Gutachten zum Gründungskonzept Sportplatzanlage Kielsgraben den Ratsmitgliedern nicht früher zur Kenntnis gegeben wurde.

Sprecherinnen und Sprecher der Fraktionen von SPD und der PETO erklären, dass man der Verwaltungsvorlage zustimmen werde. Bei dem vorgelegten Konzept handele es sich um die konsequente Weiterentwicklung des bestehenden Sportstättenkonzeptes. Der zwischen allen Beteiligten ausgehandelte Kompromiss sei begrüßenswert.

Auch die Sprecherin der FDP-Fraktion erklärt, dass ihre Fraktion dem Beschlussvorschlag zustimmen werde. Es handele sich um einen guten Kompromiss, der nach ihrer Auffassung erst auf Druck der Sportvereine zustande gekommen sei.

Der Sprecher der Fraktion Bündnis90/Die Grünen erklärt, dass man den Beschlussvorschlag grundsätzlich begrüße. Heute werde man sich bei der Abstimmung enthalten, weil man sich mit dem umfangreichen Inhalt der Tischvorlage nicht ausreichend beschäftigen konnte. Eine Vorberatung im Fachausschuss sei wünschenswert.

Anschließende Fragen zu Einzelheiten werden umfassend durch den Bürgermeister und die Verwaltung beantwortet.

Den Vereinen sei eine Prüfung und ggf. eine Ermöglichung der Ausübung von Speerwurf an der neuen Sportanlage zugesagt worden.

Durch „lärmorientierten“ Grundriss der Häuser und entsprechende Gruppierung der Häuser im Plangebiet, könne erreicht werden, dass die Gebäude selbst dem Lärmschutz dienen könnten.

Abschließend erklärt Ratsherr Göbel - CDU -, Vorsitzender des Stadtsportverbandes, dass mit der Vorlage eine gute Zukunftsperspektive für den Sport geschaffen werde.

Bevor der Bürgermeister zur Abstimmung aufruft, stellt er fest, dass der BTSC e.V. seine Anregung und die CDU-Fraktion ihren Antrag zurückgezogen hätten und deshalb ausschließlich über die Verwaltungsvorlage abgestimmt werden müsse.

## 7.1

### **Sportstättenkonzept**

- **Weiterentwicklung der Neubaupläne für eine Bezirkssportanlage am Waldbeerenberg**
  - **Konkretisierung der Planungen für den Kielsgraben**
- Vorlage: VIII/1299**

Ausführungen siehe bei Tagesordnungspunkt ö 7, Vorlage VIII/1290

### **Beschluss**

1.

Der Rat nimmt den in der Sachdarstellung beschriebenen aktuellen Verfahrensstand zur Kenntnis.

2.

Das am 23.03.2010 beschlossene Sportstättenkonzept (siehe Vorlage Nr. VI-II/0187) wird unter Berücksichtigung der am 28.02.2011 erfolgten Änderung (siehe Vorlage Nr. VIII/0491) wie folgt konkretisiert:

a) Die Verwaltung wird beauftragt, die Planungen für den Neubau der Bezirkssportanlage im Plangebiet am Waldbeerenberg unter enger Einbeziehung des Stadtsportverbands und der betroffenen Sportvereine fortzusetzen und dem Rat die mit den Vereinen abgestimmte Planung nach der Sommerpause zur Entscheidung vorzulegen.

b) Zur Sicherung weiterer Sportentwicklungsflächen soll der Grünzug am Kielsgraben gemäß der als **Anlage 1** beigefügten Planung zum Standort eines Sportzentrums (zweieinhalb Fußballfelder mit Kunstrasenbelägen, zuzüglich entsprechender Infrastruktur) entwickelt werden. Die konkrete Planung zur Realisierung des Sportzentrums soll dem Rat zur Entscheidung vorgelegt werden, sobald die planungsrechtlichen Voraussetzungen als gesichert gelten sowie Einvernehmen mit dem Grundstückseigentümer zum Erwerb der benötigten Fläche durch die Stadt erzielt ist.

#### **Abstimmungsergebnis:**

35 Ja-Stimmen: 11 CDU, 11 PETO, 8 SPD, 3 FDP, 1 Frau Friedrich, 1 BM  
3 Enthaltungen: Bündnis90/Die Grünen

**einstimmig bei Enthaltungen zugestimmt**

**8**

#### **St. Josef Krankenhaus Monheim am Rhein**

**Vorlage: VIII/1269**

Vor Eintritt in die Beratung zu diesem Tagesordnungspunkt überreichen Frau Kalinowski und Herr Belger, wie bereits bei der Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner angekündigt, Unterschriften für den Erhalt des Krankenhauses. Sie erklären, dass die Bürgerinnen und Bürger enttäuscht und verärgert darüber seien, dass das Krankenhaus schließen werde. Dass auch nur die Partei DIE LINKE sich im Rahmen einer Unterschriftenaktion für den Erhalt des Krankenhauses eingesetzt habe, sei auf Unverständnis gestoßen.

Der Bürgermeister nimmt die Unterschriftenlisten entgegen und erklärt, dass ihm bereits bei der Mitgliederversammlung des Fördervereins ca. 300 Unterschriften überreicht worden seien.

Der Bürgermeister verliest den Text der Unterschriftenaktion und erklärt, dass sowohl er als auch alle Ratsmitglieder sich der Aussage anschließen könnten. Mit Hinweis auf die vorliegende Verwaltungsvorlage, die der Bürgermeister eingehend erläutert, erklärt er, dass hiermit eine realistische Lösung vorgestellt werde. Die Erkenntnisse zur Neuorientierung, die sich im Rahmen der vorgenommenen Überprüfung ergeben hätten, sollten genutzt werden.

Er begrüßt Herrn Gerhold von der beauftragten Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, der sich bereit erklärt habe, für die Beantwortung von Fragen zur Verfügung zu stehen.

Die Sprecherinnen und Sprecher der Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, SPD, PETO, CDU und FDP weisen den Vorwurf der Unterschriftenüberbringer zurück, dass die anderen Parteien sich nicht um den Erhalt des Krankenhauses gekümmert hätten. Durch die sehr frühzeitige Information und die Einbindung der Fraktionen in die Planungen der Verwaltung, die eine umfassende Prüfung der wirtschaftlichen Möglichkeiten zur Fortführung des Krankenhauses in städtischer Trägerschaft vorgeschlagen habe, habe man andere Aktionen der Parteien zu diesem Zeitpunkt nicht für notwendig erachtet. Hätte die Prüfung zu einem positiven Ergebnis geführt, wäre das Krankenhaus erhalten worden. Alle Parteien würden die Schließung und auch den damit einhergehenden Verlust von Arbeitsplätzen bedauern. Durch die Einrichtung eines medizinischen Versorgungszentrums könne dem befürchteten Versorgungsengpass entgegengewirkt werden.

Die Sprecherin der SPD-Fraktion bittet um Erweiterung des Prüfauftrages an die Verwaltung, ob eine Teilbelegung mit einer gerontopsychiatrischen oder einer anderen stationären Abteilung umliegender Krankenhäuser oder eines Hospizes möglich ist. Gegen diese Erweiterung des Beschlussvorschlages werden keine Bedenken erhoben.

Anschließend stellt der Bürgermeister die ergänzte Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Nach der Abstimmung bedankt sich der Bürgermeister bei Herrn Gerhold für die Flexibilität und die Schnelligkeit bei der Durchführung des Gutachtens.

### **Beschluss**

1. Der Rat der Stadt Monheim am Rhein nimmt den aktuellen Sachstandsbericht der Verwaltung zur Kenntnis.
2. Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob und unter welchen Rahmenbedingungen am derzeitigen Standort des Krankenhauses die Einrichtung eines medizinischen Versorgungszentrums (MVZ) mit Notfallambulanz oder die Teilbelegung mit einer gerontopsychiatrischen oder einer anderen stationären Abteilung umliegender Krankenhäuser oder eines Hospizes möglich ist.

### **einstimmig zugestimmt**

Vor Eintritt in die Beratung zu Tagesordnungspunkt 5 meldet der Bürgermeister Ausschließungsgründe an und nimmt im Zuschauerraum Platz.

Die Sitzungsleitung während dieses Tagesordnungspunktes wird durch den stellvertretenden Bürgermeister, Herrn Günter Bosbach - CDU -, übernommen.

## **9 Aufstellungsbeschluss Bebauungsplan 135M "Krankenhaus Monheim" Vorlage: VIII/1265**

### **Beschluss**

1. Der Rat zieht die Angelegenheit gemäß § 9 Abs. 4 Satz 1 der Hauptsatzung der Stadt Monheim am Rhein an sich.
2. Die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 135M „Krankenhaus Monheim“ wird gemäß § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) beschlossen. Ziel des Bebauungsplanes ist die planungsrechtliche Sicherung des Krankenhausstandortes in Monheim am Rhein. Der räumliche Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 135M ergibt sich aus dem als Anlage 1 beigefügten Lageplan, der Bestandteil dieses Beschlusses ist.
3. Der Bebauungsplan Nr. 135M „Krankenhaus Monheim“ wird als Bebauungsplan der Innenentwicklung gemäß § 13a Baugesetzbuch (BauGB) durchgeführt. Von einer Umweltprüfung gemäß § 2 Abs. 4 BauGB wird abgesehen.

**einstimmig zugestimmt**

Der Bürgermeister nimmt seinen Platz ein und übernimmt wieder die Leitung der Ratssitzung. Er bedankt sich bei Herrn Bosbach für die Vertretung.

### **Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner (2. Unterbrechung)**

Es liegen keine Wortmeldungen von Einwohnerinnen und Einwohnern vor.

## **10 Berücksichtigung von Generationeninteressen in Ratsausschüssen Vorlage: VIII/1246**

Eingangs erläutert der Bürgermeister die Verwaltungsvorlage. In der Ratssitzung am 15.05.2013 sei die Verwaltung beauftragt worden, alle erforderlichen Beschlüsse vorzubereiten, die zur Berücksichtigung von Generationeninteressen in Ratsausschüssen als Ersatz für den bestehenden Seniorinnen- und Seniorenbeirat notwendig seien.

In der anschließenden kontrovers geführten Diskussion machen die Redner der verschiedenen Fraktionen ihre unterschiedlichen Auffassungen zum Thema „Berücksichtigung von Generationeninteressen in Ratsausschüssen“ und den Modalitäten hinsichtlich der Besetzung eines neu zu bildenden Ratsausschusses deutlich.

Die Fraktion Bündnis90/Die Grünen vertritt die Auffassung, dass die Generationeninteressen nicht nur in einem bestehenden Ratsausschuss durch sachkundige Bürger oder sachkundige Einwohner vertreten werden sollten, sondern dass diese in allen Ratsausschüssen vertreten sein sollten.

Ein Sprecher der SPD-Fraktion erklärt, dass seine Fraktion dem Punkt 1 der Verwaltungsvorlage, den Seniorinnen- und Seniorenbeirat nicht wiederzuwählen, nicht zustimmen werde. Man habe sich immer für die Beibehaltung des Beirates

ausgesprochen.

Bezüglich der heute vorgelegten Vorlage ergäben sich noch eine Unzahl an Fragen, die zunächst zu klären seien, bevor ein Beschluss gefasst werden könne. Diese seien bis zum Beginn der neuen Wahlperiode zu klären, damit mit Beginn der neuen Wahlzeit ein Ratsgremium, welches die Generationeninteressen vertrete, gebildet werden könne.

Der Bürgermeister nimmt zu den Fragen der SPD-Fraktion direkt Stellung und erläutert das von der Verwaltung angedachte Verfahren zur Bildung des mit generationsbezogenen Angelegenheiten betrauten Ausschusses. Sollten die Personen, die Generationeninteressen im Ausschuss vertreten, stimmberechtigte Ausschussmitglieder (sachkundige Bürgerinnen und Bürger) sein, so sei dies erst mit der neuen Wahlperiode möglich. Die Wahl dieser sachkundigen Ausschussmitglieder solle im Rat erfolgen. Bezüglich des möglichen Wahlverfahrens weist er auf das Wahlverfahren der stimmberechtigten Männer und Frauen, die in der Jugendhilfe erfahren sind, für den Jugendhilfeausschuss hin.

Die Sprecherin der SPD-Fraktion schlägt vor, die Nr. 2 der Beschlussvorlage dahingehend zu ändern, dass die Verwaltung beauftragt werde, ein Konzept unter Berücksichtigung der an die Verwaltung gestellten Fragen\* zu erarbeiten. (\*Die Fragen wurden der Verwaltung schriftlich zur Verfügung gestellt.) Die die Generationeninteressen vertretenden Ausschussmitglieder sollen stimmberechtigte sachkundige Bürger sein. Als Ausschussmitglieder für die Wahrnehmung der Generationeninteressen sollen jeweils 4 junge und 4 ältere Personen gewählt werden.

Die PETO-Fraktion werde der Verwaltungsvorlage zustimmen, erklärt ein Sprecher der Fraktion. Der Ausschuss, der sich in der neuen Wahlperiode mit dem Thema Generationeninteressen beschäftige, solle in die Beratungsfolge integriert werden. Denkbar sei eine Erweiterung der Zuständigkeiten des derzeitigen Ausschusses für öffentliche und soziale Angelegenheiten.

Der Sprecher der CDU-Fraktion erklärt, der Nummer 1 des vorliegenden Beschlussvorschlages zuzustimmen. Der Nummer 2 werde man in der vorliegenden Form nicht zustimmen. Wichtig für seine Fraktion sei, dass in der neuen Wahlperiode sachkundige Bürger mit Stimmrecht in einem Ratsausschuss vertreten seien.

Heute solle ein Grundsatzbeschluss mit dem Tenor gefasst werden, dass die Verwaltung ein Konzept zur Bildung und Besetzung eines neuen Ausschusses im Hinblick auf die neue Wahlperiode erstellen solle.

Der Meinung ihres Vorredners tritt die Sprecherin der FDP-Fraktion bei. Die Mitglieder des „neuen“ Ausschusses müssten auf jeden Fall ein Stimmrecht erhalten.

Der Bürgermeister erklärt, dass der Grundsatzbeschluss zur Erarbeitung eines entsprechenden Konzeptes im Hinblick auf die neue Wahlperiode heute gefasst werden könne. Nach der Sommerpause werde die Verwaltung dann die entsprechenden Beschlussvorlagen vorlegen. Aufgrund des Auftrages aus der Mai-Sitzung des Rates sei nicht deutlich gewesen, ob eine Änderung schon während der laufenden Wahlperiode gewünscht worden sei.

Ausführlich stellt er noch die angedachten Wahlmodalitäten für die zu wählenden Personen vor.

Der Bürgermeister stellt fest, dass alle Fraktionen der Auffassung seien, dass die

Neukonzeption bzw. Bildung des „neuen“ Ratsausschusses im Hinblick auf die neue Wahlperiode erfolgen soll. Anschließend formuliert er die im Laufe der Debatte vorgestellten Anträge der Fraktionen von SPD, CDU und Bündnis90/Die Grünen zu Nummer 2 des Beschlussvorschlages.

Bevor er die verschiedenen Anträge zur Abstimmung stellt, meldet sich Ratsherr Große-Allermann - PETO - mit einem Geschäftsordnungsantrag zu Wort. Er beantragt eine Sitzungsunterbrechung.

Dem Geschäftsordnungsantrag wird einstimmig zugestimmt.

Die Sitzung wird für 10 Minuten unterbrochen.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung erklärt ein Sprecher der SPD-Fraktion, dass man als Ersatz für die zuvor gestellten Einzelanträge der Fraktionen von SPD und Bündnis90/Die Grünen einen gemeinsamen Antrag stellen werde.

Der Beschlussvorschlag zu Nummer 2 solle wie folgt lauten:

Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept zur Berücksichtigung von Generationeninteressen zur nächsten Sitzung des Rates vorzubereiten, das folgende Eckpunkte beinhaltet:

- a) es sollen 8 sachkundige Bürgerinnen und Bürger zeitgleich mit der Kommunalwahl von der Bürgerschaft gewählt werden,
- b) diese sachkundigen Bürgerinnen und Bürger sollen Stimmrecht im Ausschuss für Generationen, öffentliche und soziale Angelegenheiten erhalten  
und
- c) aus der Mitte dieser sachkundigen Bürgerinnen und Bürger sollen beratende Mitglieder in alle übrigen Ratsausschüsse entsandt werden.

Anschließend stellt der Bürgermeister zuerst die Nummer 1 des Beschlussvorschlages und dann die unterschiedlichen Anträge zur Abstimmung.

#### **Abstimmung zu Nummer 1 des Beschlussvorschlages:**

26 Ja-Stimmen: 11 CDU, 11 PETO, 3 FDP, 1 BM

11 Nein-Stimmen: 8 SPD, 3 Bündnis90/Die Grünen

**mehrheitlich zugestimmt**

#### **Abstimmung über den weitergehenden Antrag der Fraktionen von SPD und Bündnis90/Die Grünen zu Nummer 2:**

Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept zur Berücksichtigung von Generationeninteressen zur nächsten Sitzung des Rates vorzubereiten, das folgende Eckpunkte beinhaltet:

- a) es sollen 8 sachkundige Bürgerinnen und Bürger zeitgleich mit der Kommunalwahl von der Bürgerschaft gewählt werden,
- b) diese sachkundigen Bürgerinnen und Bürger sollen Stimmrecht im Ausschuss für Generationen, öffentliche und soziale Angelegenheiten erhalten,
- c) aus der Mitte dieser sachkundigen Bürgerinnen und Bürger sollen beratende Mitglieder in alle übrigen Ratsausschüsse entsandt werden.

**Abstimmung:**

11 Ja-Stimmen: 8 SPD, 8 SPD, 3 Bündnis90/Die Grünen  
26 Nein-Stimmen: 11 CDU, 11 PETO, 3 FDP, 1 BM

### **mehrheitlich abgelehnt**

#### **Abstimmung über den Antrag der CDU-Fraktion zu Nummer 2 des Beschlussvorschlages:**

Die Verwaltung wird beauftragt, die entsprechenden Beschlussfassungen zur Berücksichtigung von Generationeninteressen in Ratsausschüssen zur nächsten Sitzung des Rates vorzubereiten. Dabei sollen folgende Eckpunkte berücksichtigt werden:

- a) es werden 8 sachkundige Bürgerinnen und Bürger vom Rat in den Ausschuss für Generationen, öffentliche und soziale Angelegenheiten berufen,
- b) diese sachkundigen Bürgerinnen und Bürger sollen stimmberechtigt sein.

#### **Abstimmung:**

26 Ja-Stimmen: 11 CDU, 11 PETO, 3 FDP, 1 BM  
11 Nein-Stimmen: 8 SPD, 3 Bündnis90/Die Grünen

### **mehrheitlich zugestimmt**

Abschließend weist der Bürgermeister darauf hin, dass die konkreten Beschlussvorschläge mit den Detaillösungen aufgrund der jetzt vorliegenden Beschlusslage für die Ratssitzung nach der Sommerpause erarbeitet werden könnten.

### **Beschluss**

1. Nach dem Ende der Amtszeit des derzeitigen Seniorinnen- und Seniorenbeirates wird kein neuer Seniorinnen- und Seniorenbeirat mehr gewählt.

#### **Abstimmung zu Nummer 1 des Beschlussvorschlages:**

26 Ja-Stimmen: 11 CDU, 11 PETO, 3 FDP, 1 BM  
11 Nein-Stimmen: 8 SPD, 3 Bündnis90/Die Grünen

### **mehrheitlich zugestimmt**

2. Die Verwaltung wird beauftragt, die entsprechenden Beschlussfassungen zur Berücksichtigung von Generationeninteressen in Ratsausschüssen zur nächsten Sitzung des Rates vorzubereiten. Dabei sollen folgende Eckpunkte berücksichtigt werden:
  - a) es werden 8 sachkundige Bürgerinnen und Bürger durch den Rat in den Ausschuss für Generationen, öffentliche und soziale Angelegenheiten berufen,
  - b) diese sachkundige Bürgerinnen und Bürger sollen stimmberechtigt sein.

#### **Abstimmung:**

26 Ja-Stimmen: 11 CDU, 11 PETO, 3 FDP, 1 BM  
11 Nein-Stimmen: 8 SPD, 3 Bündnis90/Die Grünen

### **mehrheitlich zugestimmt**

**11 Bericht zur Umsetzung des Frauenförderplans für den Zeitraum 2010 bis 2012 und Fortschreibung des Frauenförderplans für den Zeitraum 2013 bis 2015**  
**Vorlage: VIII/1255**

Der Bürgermeister erteilt der Gleichstellungsbeauftragten das Wort.

Frau Herforth berichtet ergänzend zur Vorlage über die Entwicklung des Frauenförderplanes.

(Der mündlich vorgetragene Bericht wird der Niederschrift als Anlage beigefügt.)

Vor der Abstimmung beantwortet die Verwaltung umfänglich die Nachfragen zum Bericht.

**Beschluss**

1. Der Rat der Stadt Monheim am Rhein nimmt den mündlichen Bericht zur Fortschreibung des Frauenförderplans für den Zeitraum 2010 bis 2012 zur Kenntnis.
2. Der Rat der Stadt Monheim am Rhein beschließt die als Anlage beigefügte Fortschreibung des Frauenförderplans für den Zeitraum 2013 bis 2015.

**einstimmig zugestimmt**

**12 Inklusionshelferinnen und -helfer ab dem Schuljahr 2013/2014**  
**Vorlage: VIII/1293**

Die Verwaltung zieht die Vorlage zurück und berichtet über den derzeitigen Sachstand der Gespräche mit dem Kreis Mettmann in der Angelegenheit.

Der Verwaltung liegt eine Mitteilung vor, wonach bis zu einem Beschluss des Kreistages die Finanzierung von Integrationshelferinnen und -helfern als nachsorgende Leistung nach Kündigung der Kooperationsvereinbarungen bis zum Ende des ersten Schulhalbjahres fortgeführt werden sollen, um etwaige Versorgungslücken in Schulen mit Gemeinsamen Unterricht vorzubeugen.

**13 Überplanmäßige Mittelbereitstellung für die Kanalauswechslung Haydnstraße**  
**Vorlage: VIII/1271**

**Beschluss**

Der Rat der Stadt Monheim am Rhein stimmt der Leistung überplanmäßiger Auszahlungen im Produkt 60.05 - Abwasserangelegenheiten - in Höhe von 355.000,- EUR für die „Kanalauswechslung Haydnstraße“ - Investitionsnummer I 6005.023 - zu. Zur Deckung werden Mittel bei der Investitionsnummer I 6005.009, „Erneuerung Kanal Hofstraße / Bleeerstraße“ im Produkt 60.05. – Abwasserangelegenheiten - herangezogen.

**einstimmig zugestimmt**



**14 Überplanmäßige Mittelbereitstellung für den Entlastungskanal Am Kieswerk  
Vorlage: VIII/1272**

**Beschluss**

Der Rat der Stadt Monheim am Rhein stimmt der Leistung überplanmäßiger Auszahlungen im Produkt 60.05 - Abwasserangelegenheiten - in Höhe von 120.000,- EUR für den „Entlastungskanal Am Kieswerk“ - Investitionsnummer I 6005.030-zu. Zur Deckung werden Mittel bei der Investitionsnummer I 6005.009, „Erneuerung Kanal Hofstraße / Bleerstraße“ im Produkt 60.05. – Abwasserangelegenheiten - herangezogen.

**einstimmig zugestimmt**

**15 Antrag der CDU-Fraktion vom 24.06.2013 "Grundsteuer B"  
Vorlage: VIII/1276**

Der Sprecher der CDU-Fraktion erklärt vor Eintritt in die Beratung über die einzelnen Anträge seiner Fraktion, dass diese als Grundlage dienen sollten, die Verwaltung mit entsprechenden Prüfaufträgen auszustatten. Heute abschließend über die Anträge zu diskutieren, sei nicht beabsichtigt gewesen.

Anschließend begründet ein weiterer Sprecher der antragstellenden Fraktion den Antrag seiner Fraktion. Er weist auf die in der Vergangenheit vorgenommenen Erhöhungen bei der Gewerbesteuer hin, die mit den Kosten im Zusammenhang des Deichausbaus begründet wurden. Da die Entwicklung bei der Gewerbesteuer auch von der Verwaltung positiv gesehen werde, halte man eine Entlastung der Bürger bei der Grundsteuer B für möglich.

Die Sprecherin der PETO-Fraktion macht einige grundsätzliche Anmerkungen zu den heute vorliegenden Anträgen der CDU-Fraktion. Anders als von deren Sprecher eingangs ausgeführt, handele es sich bei den Anträgen ausweislich nicht um Prüfaufträge.

Bei den in den vergangenen Haushaltsplanberatungen gemeinsam durch die SPD-Fraktion und PETO-Fraktion eingebrachten Anträgen habe man sich eine Ausgaben-Höchstgrenze und Prioritäten gesetzt. Durch die Antragsflut der CDU-Fraktion werde ein anderes Signal gesetzt.

Konkret auf die beantragte Senkung der Grundsteuer B, die eine jährliche Mindereinnahme von 700.000,00 EUR bedeute, schlägt die Sprecherin der PETO-Fraktion eine Vertagung des Antrags in die Haushaltsplanberatungen vor.

Die Sprecherin der Fraktion Bündnis90/Die Grünen meldet sich mit einem Geschäftsordnungsantrag zu Wort. Sie beantragt sämtliche Anträge der CDU-Fraktion zur Beratung in die Fachausschüsse zu verweisen.

Auf die Nachfrage, ob noch je ein Ratsmitglied für oder gegen diesen Antrag sprechen möchte, meldet sich der Sprecher der CDU-Fraktion mit einer Widerrede zu Wort. Er trägt vor, dass aufgrund der Geschäftsordnung nur über jeden einzelnen Antrag Vertagung beantragt werden könne.

Um für den Geschäftsordnungsantrag zu sprechen, meldet sich kein Ratsmitglied

zu Wort.

Der Bürgermeister stellt den Antrag auf Vertagung dieses Tagesordnungspunktes in den Haupt- und Finanzausschuss zur Abstimmung.

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Monheim am Rhein beschließt, den Antrag der CDU-Fraktion zur weiteren Beratung in den Haupt- und Finanzausschuss zu verweisen.

**einstimmig zugestimmt**

**16 Antrag der CDU-Fraktion vom 24.06.2013 "Neubau einer Hauptfeuerwache an einem zentralen Standort"  
Vorlage: VIII/1277**

Der Sprecher der CDU-Fraktion erläutert den Antrag.

Der Bürgermeister weist auf die klare Beschlusslage des Rates hin, wonach die Verwaltung aufgrund der festgestellten Raummängel im Brandschutzbedarfsplan mit der Vorlage eines Planungskonzeptes beauftragt worden sei. Der vorliegende Antrag sei deshalb entbehrlich gewesen. Dass die Verwaltung beauftragt werden solle, ein Konzept vorzulegen, in dem Feuerwehr, Betriebshof und Bahnen der Stadt Monheim an einem Standort konzentriert werden sollen, sei aufgrund des vorliegenden Antrags nicht erkennbar. Dies sei nur den in der Presse publizierten Äußerungen der CDU-Fraktion zu entnehmen gewesen.

Das sich in der Vorbereitung befindliche Planungskonzept, welches auf dem neuesten Raumkonzept der Feuerwehr basiere, werde unabhängig von den Haushaltsplanberatungen nach den Sommerferien oder spätestens nach den Herbstferien im Fachausschuss vorgestellt werden. Dass man eine Lösung präferiere, die langfristig und ohne weitere Provisorien angelegt sei, sei der Feuerwehr zugesichert worden.

Der Sprecher der antragstellenden Fraktion nimmt Bezug auf die Ausführungen des Bürgermeisters und erklärt, dass der bestehende Ratsbeschluss aufgrund der bisherigen Erkenntnisse von einer Optimierung des Raumangebotes am bisherigen Feuerwehrstandort ausgehe.

Die CDU-Fraktion verfolge mit ihrem Antrag das Ziel, dass die Verwaltung zu den Haushaltsplanberatungen verschiedene Konzepte vorlege. U. a. auch ein Konzept für einen geeigneten neuen Standort an dem Feuerwache, Betriebshof und Bahnen der Stadt Monheim am Rhein gemeinsam untergebracht werden könnten.

Im Verlauf der Diskussion erklärt die Sprecherin der SPD-Fraktion, dass einer Verweisung des Antrages zur Beratung im Rahmen der Haushaltsplanberatung zugestimmt werden könne.

Die Sprecherin der Fraktion Bündis90/Die Grünen meldet sich mit einem Geschäftsordnungsantrag zu Wort. Da es bereits 22.00 Uhr sei und man sich im Gremium darauf verständigt habe, um diese Zeit die Beratungen zu beenden, beantrage sie die Schließung der Sitzung und eine Fortsetzung am nächsten Tag.

Der Bürgermeister erklärt, dass die 22.00 Uhr-Regelung erst nach der Abhandlung des derzeit in der Beratung befindlichen Tagesordnungspunktes zum Tragen kommen könne. Er schlägt vor, zunächst über den Beschlussvorschlag abzustimmen:

Der Rat der Stadt Monheim am Rhein beschließt, den Antrag der CDU-Fraktion vom 24.06.2013 „Neubau einer Hauptfeuerwache an einem zentralen Standort“ zu vertagen und gemeinsam mit der Vorlage zum Konzept der Verwaltung in der Sitzung des Ausschusses für öffentliche und soziale Angelegenheiten nach den Sommerferien oder spätestens nach den Herbstferien zu beraten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Anschließend erteilt der Bürgermeister dem Sprecher der CDU-Fraktion das Wort, um für den Geschäftsordnungsantrag auf Schließung der Sitzung zu sprechen. Herr Gronauer erklärt, dass die Konzentration der Ratsmitglieder zwischenzeitlich deutlich nachlasse und er deshalb für die Beendigung der Sitzung plädiere.

Die Sprecherin der PETO-Fraktion erklärt, dass ihre Fraktion einstimmig gegen die Schließung und Fortsetzung der Sitzung sei. Sie spricht sich dafür aus, die restlichen Tagesordnungspunkte heute konzentriert abzuarbeiten. Eine Fortsetzung der Sitzung wäre für die berufstätigen Ratsmitglieder sehr nachteilig.

**Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag, die Sitzung zu beenden und am nächsten Tag fortzusetzen:**

13 Ja-Stimmen  
18 Nein-Stimmen  
3 Enthaltungen

**mehrheitlich abgelehnt**

Die Sitzung wird fortgesetzt.

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Monheim am Rhein beschließt, den Antrag der CDU-Fraktion vom 24.06.2013 „Neubau einer Hauptfeuerwache an einem zentralen Standort“ zu vertagen und gemeinsam mit der Verwaltungsvorlage zum Planungskonzept in der Sitzung des Ausschusses für öffentliche und soziale Angelegenheiten nach den Sommerferien oder spätestens nach den Herbstferien zu beraten.

**einstimmig zugestimmt**

**17 Antrag der CDU-Fraktion vom 24.06.2013 "Neubau eines Betriebshofes inkl. Flächen"  
Vorlage: VIII/1278**

Der Sprecher der antragstellenden Fraktion erläutert den Antrag und nimmt Bezug auf die vorhergegangene Diskussion zum Thema Ausbau Feuerwache. Er macht deutlich, dass man sich durchaus Vorteile und Einsparmöglichkeiten davon

verspreche, die Feuerwehr, den Betriebshof und ggf. die Bahnen der Stadt Monheim am Rhein an einen Standort zu zentrieren.

Der Bürgermeister erklärt, dass der Verwaltung durchaus bewusst sei, dass für den Betriebshof Optimierungsbedarf vorliege. Bisher sei noch nicht in die Prüfung und Planung eingestiegen, weil eine Fusion mit dem Langenfelder Betriebshof noch im Raum stand. Die Fusion stünde nicht mehr an, nachdem klar geworden sei, dass durch eine Umsatzsteuerpflicht die Zusammenlegung nicht zu den gewünschten Ersparnissen führen würde.

Der Antrag sei grundsätzlich zu begrüßen, wenn der Auftrag an die Verwaltung dahingehend erweitert werde, dass die bauliche Situation des Betriebshofes zu prüfen und Vorschläge für eine Ertüchtigung im Bestand und/oder eines Neubaus ggf. an anderer Stelle zu entwickeln.

Die Sprecherinnen der PETO-Fraktion und der SPD-Fraktion erklären dem vorliegenden Antrag zuzustimmen, wenn dieser um die durch den Bürgermeister vorgeschlagene Erweiterung ergänzt werde.

Der Sprecher der antragstellenden Fraktion erklärt, keine Bedenken gegen die vorgeschlagene Erweiterung zu haben.

#### **Beschluss:**

1. Der Rat der Stadt Monheim am Rhein beauftragt die Verwaltung, mögliche Standorte für einen neuen Betriebshof aufzuzeigen bzw. die bauliche Situation des Betriebshofes zu prüfen und Vorschläge für eine Ertüchtigung am bestehenden Standort und/oder einen Neubau - ggf. an anderer Stelle - zu entwickeln.
2. Die Verwaltung wird beauftragt auf der Grundlage der verschiedenen Entwicklungsmodelle die Kostenermittlungen - unter Berücksichtigung möglicher Standorte - durchzuführen.

#### **einstimmig zugestimmt**

- 18      Antrag der CDU-Fraktion vom 24.06.2013 "Erwerb der Auskiesungsfläche Braas"  
- Beratung bei TOP ö 7 -  
Vorlage: VIII/1279**

Die Beratung zu diesem Tagesordnungspunkt wurde gemeinsam mit der Beratung über Tagesordnungspunkt ö 7.1 durchgeführt.

Der Antrag wurde zurückgezogen.

- 19      Antrag der CDU-Fraktion vom 24.06.2013 "Sanierung städtischer Gebäude"  
Vorlage: VIII/1280**

Nach Worterteilung durch den Bürgermeister erläutert Herr Lobe anhand eines Folienvortrages die Entwicklung des Bauunterhaltungsbudgets und den Abbau des Instandhaltungszustands in den vergangenen Jahren der ungefähr 180 durch das Gebäudemanagement betreuten Gebäude.

Die Präsentation wird der Niederschrift als Anlage beigelegt.

Nach den Ausführungen von Herrn Lobe erklärt der Bürgermeister zu dem Antrag der CDU-Fraktion, dass der Arbeitsauftrag in der allgemein formulierten Form für alle städtischen Gebäude Maßnahmen und Zeitabläufe und Kostenschätzungen vorzulegen, so nicht umsetzbar sei. Wenn Sanierungsmaßnahmen für bestimmte Gebäude erwünscht würden, sollten diese konkretisiert und der entsprechende Maßnahmeumfang benannt werden.

Im Verlauf der anschließenden Diskussion machen Sprecher von SPD-Fraktion und PETO-Fraktion deutlich, dass sie dem Antrag in der vorliegenden Form nicht zustimmen werden. Sie treten der Auffassung der Verwaltung bei, wonach eine kontinuierliche Abarbeitung der anstehenden Maßnahmen mit bestehendem Personal sinnvoller sei, als zum jetzigen Zeitpunkt das Budget für Sanierungsmaßnahmen deutlich zu erhöhen, weil die Durchführung vieler Baumaßnahmen in einem kurzen Zeitraum ohne zusätzliches Personal nicht machbar sei.

Der Sprecher der CDU-Fraktion erwidert, dass mit dem vorliegenden Antrag die Verwaltung beauftragt werden sollte, die notwendigen Sanierungsbedarfe an städtischen Gebäuden und die wichtigsten Maßnahmen aufzuzeigen. Ein Ergebnisbericht, wie er von der Verwaltung vorgelegt worden sei, sei nicht gefordert worden.

Der Bürgermeister bezieht sich auf seine vorhergehenden Ausführungen und erklärt, dass zu den Haushaltsplanberatungen eine Prioritätenliste der anstehenden Maßnahmen beim Bereichsbudget durch die Verwaltung vorgelegt werde. Der Auftrag der antragstellenden Fraktion sei in der vorliegenden Form nicht umzusetzen.

Der Bürgermeister sichert die Vorlage eines Maßnahmenkataloges mit entsprechender Prioritätenliste zu den Haushaltsplanberatungen zu.

### **Beschluss**

Die Verwaltung wird beauftragt, zu den Haushaltsplanberatungen einen Maßnahmenkatalog, nebst Zeitschiene, vorzulegen, der Möglichkeiten energetischer Sanierung und bisher zurückgehaltene Investitionen an öffentlichen Gebäuden aufzeigt.

### **Abstimmungsergebnis:**

10 Ja-Stimmen: CDU  
20 Nein-Stimmen: 10 PETO, 8 SPD, 1 FDP, 1 BM  
3 Enthaltungen: Bündnis90/Die Grünen

### **mehrheitlich abgelehnt**

## **20 Antrag der CDU-Fraktion vom 24.06.2013 "Offener Ganztag" Vorlage: VIII/1281**

Der Sprecher der CDU-Fraktion erläutert kurz den Antrag und konkretisiert diesen dahingehend, dass die Verwaltung mitteilen solle, in welcher Höhe sich die Kosten für die Abschaffung der Gebühren für den Offenen Ganztag belaufen würden.

Die Verwaltung teilt mit, dass im Haushalt jährlich Einnahmen durch OGATA-

Gebühren in Höhe von 547.000,00 €UR veranschlagt würden.

Im Verlauf der Diskussion erklärt der Sprecher der FDP-Fraktion, dass seine Fraktion bereits vor einiger Zeit auf eine gerechtere Gestaltung der OGATA-Gebühren hinwirken wollte. Einer Beitragssenkung speziell für einkommensschwächere Familien könne zugestimmt werden.

Sowohl die Sprecherin der SPD-Fraktion als auch die der PETO-Fraktion erklären, dass man einem Verweis des Antrages in die Haushaltsplanberatungen zustimmen werde. Die Verwaltung solle die Fakten und Berechnungen für eine Senkung bzw. Abschaffung der Gebühren vorstellen.

Der Sprecher der antragstellenden Fraktion erklärt, mit Hinweis auf seine Erläuterungen, die er bereits zu Beginn der Beratungen über alle CDU-Anträge gemacht habe, dass nichts anderes als die Zurverfügungstellung von Daten und Fakten zu den Haushaltsplanberatungen durch die Verwaltung verlangt werden sollte. Die Wortlaute der Anträge seien leider missverständlich formuliert worden.

Auf Nachfrage des Bürgermeisters erklärt Herr Gronauer, dass durch die zuvor gemachten Ausführungen der Antrag als erledigt gelte.

**21           Antrag der CDU-Fraktion vom 24.06.2013 "U3-Betreuung"**  
**Vorlage: VIII/1282**

Der Bürgermeister erteilt Herrn Haussels das Wort. Anhand eines Folienvortrages wird die Kostenentwicklung bei der U3-Betreuung unter Berücksichtigung verschiedener Quoten vorgestellt.

Die Präsentation wird der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Der Sprecher der CDU-Fraktion bedankt sich für die Ausführungen der Verwaltung und erklärt, dass damit der Antrag erledigt sei. Der Antrag werde zurückgezogen.

**22           Antrag der CDU-Fraktion vom 24.06.2013 "Volkshochschule Monheim"**  
**Vorlage: VIII/1283**

Der Bürgermeister nimmt Bezug auf das Inklusionskonzept, welches sich derzeit in der Erarbeitung befinde. Bei der Umsetzung des Inklusionskonzeptes seien viele Aspekte zu bedenken und durchzuführende Maßnahmen nach Dringlichkeit zu bewerten. Die beantragte Barrierefreiheit der VHS habe nicht die höchste Priorität. U. U. sei durch organisatorische Maßnahmen die Barrierefreiheit in der VHS herzustellen.

Ein Sprecher der antragstellenden CDU-Fraktion, Vorsitzender des VHS-Beirates, hält es für unbedingt notwendig, die baulichen Möglichkeiten und die Kosten für den Einbau eines neuen Aufzuges zu prüfen. Nur durch organisatorische Maßnahmen sei die gewünschte Barrierefreiheit nicht erreichbar.

Sprecherinnen und Sprecher der Fraktionen von PETO und SPD machen deutlich, dass der Antrag grundsätzlich begrüßt und unterstützt werde. Allerdings sollten die Vorschläge und Maßnahmen im Rahmen des Inklusionskonzeptes beraten werden.

Wenn durch die Verwaltung im Rahmen der Haushaltsplanberatung eine Kostenermittlung vorgelegt werde, sei gegen die Beratung im Rahmen des Inklusionskonzeptes nichts einzuwenden. Die Maßnahmenliste solle durch die Verwaltung erstellt werden.

**Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen des Inklusionskonzeptes das Thema Barrierefreiheit in der VHS aufzugreifen und bis zu den Haushaltsplanberatungen einen Maßnahmenkatalog mit entsprechenden Kostenschätzungen vorzulegen.

**einstimmig zugestimmt**

**23 Antrag der CDU-Fraktion vom 24.06.2013 "Dienstfahrzeug Waldfriedhof"**  
**Vorlage: VIII/1284**

Die Verwaltung teilt mit, dass im Laufe des Jahres ein Fahrzeug angeschafft werde. Mit den vorbereitenden Arbeiten sei bereits vor Antragstellung begonnen worden.

Der Sprecher der CDU-Fraktion teilt mit, dass der Antrag als erledigt gelte.

**24 Antrag der CDU-Fraktion vom 24.06.2013 "Altstadt-Brunnen"**  
**Vorlage: VIII/1285**

Der Antrag wurde eingangs der Sitzung durch die antragstellende Fraktion zurück gezogen.

**25 Antrag der CDU-Fraktion vom 24.06.2013 "Rheinterrasse"**  
**Vorlage: VIII/1286**

Der Sprecher der CDU-Fraktion erklärt, dass sich der Antrag mit der durch die zwischenzeitlich vorgestellten Planungen der Verwaltung hinsichtlich der Gestaltung zum Stadteingang überschneiden habe.

Die Verwaltung erläutert eingehend die Planungen und erklärt, dass die Anregungen aus dem Antrag der CDU-Fraktion bei der Erstellung des Gesamtkonzeptes Berücksichtigung finden sollen.

Durch die Ausführungen der Verwaltung habe sich der Antrag erledigt.

**26 Vertretung der Stadt Monheim am Rhein in der Gesellschafterversammlung der Bibliothek der Stadt Monheim am Rhein gGmbH**  
**Vorlage: VIII/1247**

**Beschluss**

1. Der bisherige Kämmerer der Stadt Monheim am Rhein, Herr Max Herrmann, wird mit sofortiger Wirkung als Vertreter der Stadt Monheim am Rhein in der Gesellschafterversammlung der Bibliothek der Stadt Monheim am Rhein gGmbH abberufen.

2. Frau Sonja Baumhauer wird mit sofortiger Wirkung als Vertreterin der Stadt Monheim in die Gesellschafterversammlung der Bibliothek der Stadt Monheim am Rhein gGmbH entsandt.

**einstimmig zugestimmt**

**27 Nachwahlen, Umbesetzung von Mitgliedern in Ausschüssen und Gremien sowie Bestimmung einer Nachfolgerin/eines Nachfolgers für den Ausschussvorsitz  
Vorlage: VIII/1273  
Beschluss**

1. Die Nach- und Umbesetzung der Ausschüsse und Gremien wird gemäß der beigefügten Anlage beschlossen. Die Anlage ist Bestandteil des Beschlusses.
2. Der Rat nimmt die Ersatzbenennung des stellvertretenden Vorsitzenden im Ausschuss für Stadtplanung, Umwelt, Bau- und Verkehrswesen zur Kenntnis.

**einstimmig zugestimmt**

**28 Mündliche Mitteilungen**

**28.1 Entlassungsersuchen des Bürgermeisters**

Der Bürgermeister teilt mit, dass er den Landrat gebeten habe ihn zum Ende der Wahlperiode vorzeitig aus dem Beamtenverhältnis auf Zeit zu entlassen. Damit werde die Voraussetzung für eine gemeinsame Bürgermeister- und Ratswahl erfüllt. Dieser Entlassungsantrag folge dem Aufruf der Landesregierung, durch einen freiwilligen Rücktritt eine Zusammenlegung beider Wahlen am selben Tag möglich zu machen.

**28.2 Änderung des Sitzungskalenders - Wegfall der Rechnungsprüfungsausschusssitzung am 27.11.2013**

Der Bürgermeister teilt mit, dass nach Absprache mit dem Vorsitzenden des Rechnungsprüfungsausschusses die Sitzung am 27. November 2013 abgesagt werde.

Der Terminkalender im Ratsinformationssystem wurde bereits aktualisiert.

**28.3 Niederschrift der 27. Sitzung des Rates vom 15.05.2013**

Der Bürgermeister teilt mit, dass die Niederschrift der 27. Sitzung des Rates der Stadt Monheim zwischenzeitlich erstellt worden und im Ratsinformationssystem abrufbar sei.

Die Kenntnisnahme soll gemeinsam mit der Niederschrift über die heutige Sit-



zung in der nächsten Sitzung des Rates erfolgen.

#### **28.4 Mitteilung zur Anfrage von Ratsherrn Bosbach in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 27.06.2013**

Die Verwaltung nimmt auf die Anfrage von Herrn Bosbach in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses Bezug und teilt mit, dass im Vorfeld der Beschaffung der Dienstfahräder für den Kommunalen Ordnungsdienst durch die Bediensteten eine Vorauswahl getroffen und Preisanfragen durchgeführt worden seien. Die Beschaffung der Dienstfahräder sei in Abstimmung mit der Rechnungsprüfung erfolgt.

#### **28.5 Widerstand gegen geplante Abundanzumlage**

Herr Krämer teilt mit, dass eine Vereinigung von 75 schuldenfreien Kommunen im Land Nordrhein-Westfalen sich darauf verständigt habe, gerichtlich gegen die Zahlung einer Abundanzumlage vorzugehen. Es sei geplant, einen gemeinsamen Rechtsbeistand zur Vertretung der gemeinsamen Interessen zu beauftragen.

### **29 Mündliche Anfragen**

#### **29.1 Anfrage von Ratsherrn Bosbach - CDU - zur Mitteilung der Verwaltung bei TOP ö 28.4**

Herr Bosbach bezieht sich auf die Mitteilung der Verwaltung und fragt nach, ob auch Monheimer Fahrradhändler bei der Beschaffung der Dienstfahräder beteiligt worden sei.

Die Verwaltung verneint dies und erklärt, dass der ortsansässige Fahrradhändler die im Vorfeld von den Bediensteten ausgewählten Fahrräder nicht im Sortiment führe.

#### **29.2 Anfrage von Ratsherrn König - CDU - "Statue auf dem Heinrich-Zille-Platz"**

Ratsherr König teilt mit, dass die Figur von Heinrich Zille auf dem Heinrich-Zille-Platz völlig schief auf dem Podest stehen würde. Er hat ein Foto von dem derzeitigen Zustand der Statue gemacht, welches über den Beamer gezeigt wird.

Herr König bittet er darum, das Denkmal in Ordnung zu bringen. Sollte die Stadt Monheim am Rhein nicht Eigentümerin der Statue sein, möge die Verwaltung den Eigentümer um Erledigung bitten.

In diesem Zusammenhang weist Ratsherr Risse - PETO - darauf hin, dass das Denkmal außerdem mit Graffitis beschmiert sei. Er bittet, diese entfernen zu lassen.

Der Bürgermeister sagt eine Überprüfung der Angelegenheiten und entsprechende Veranlassung zu.

---

Daniel Zimmermann  
Bürgermeister

---

Beate Hellingrath  
Schriftführerin